

Antrag 49/II/2019

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Einlagensicherungsgesetz für Genossenschafts-Einlagen

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
2 gefordert, durch Verhandlungen mit ihren Koalitionspart-
3 nern darauf hinzuwirken, dass Beteiligungen an Genos-
4 senschaften bis zur Höhe von € 100.000,00 in das Ein-
5 lagensicherungsgesetz über Volksbanken-Depot einbezo-
6 gen werden.

7

8 **Begründung**

9 Genossenschaften müssen Vorrang haben, um bezahlba-
10 res Wohnen und Leben ohne Zukunftsangst zu ermögli-
11 chen. , Genossenschaften haben bewiesen, dass sie ef-
12 fektiver bauen, wirtschaften und vermieten als andere
13 Anbieter. Deshalb sollten Genossenschaften möglichst als
14 gemeinnützige eG die Möglichkeit erhalten, Beteiligun-
15 gen als Einlagen bis € 100.000,00 pro Person einzurich-
16 ten. Die Genossenschaften sollten die Einlagen mit mini-
17 mal 4% verzinsen.

18

19 Die Einlagen sollten als Beteiligungs-Depot bei Ge-
20 nossenschaftsbanken geführt und in den Einlagen-
21 Sicherungsfonds einbezogen sein. Die Anteile wären
22 dann auch in Stückelung von z.B. € 100,00 ansparbar
23 und würden eine bessere Altersversorgung ermögli-
24 chen. 500,00 € pro Monat sollten für Erwerber von
25 Genossenschaftsanteilen (e.G.) ebenso wie Zinsen aus
26 Genossenschaftsbeteiligungen bis € 15.000,00 pro Jahr
27 zusätzlich steuerfrei sein.

Empfehlung der Antragskommission

Vom Antragsteller zurückgezogen